Vorbemerkungen

- Jede der folgenden Aufgaben ist gleich gewichtet und kann mit maximal 10 Punkten bewertet werden. Die Gesamtpunktzahl beläuft sich somit auf 60 Punkte. Zusatzpunkte können vergeben werden, wo dies unten explizit erwähnt wird, sowie für besonders herausragende, über den Erwartungshorizont hinausgehende Ausführungen.
- Gegenüber den Studierenden wurde in der Vorlesung klar kommuniziert, dass die Beantwortung der Fragen nicht zwingend im Gutachtenstil zu erfolgen hat. Dementsprechend spielt der Gutachtenstil für die Benotung keine Rolle (wohl aber sollte die Beantwortung in klaren, verständlichen und logisch aufgebauten Texten erfolgen).

Aufgabe 1

Beschreiben Sie, in welchem Verhältnis das europäische Unionsrecht zum nationalen Recht steht.

- Zu erwarten ist, dass Bearbeiter erkennen, dass das Unionsrecht in der Normenhierarchie über nationalem Recht steht.
- Gute Bearbeiter erkennen darüber hinaus, dass das Unionsrecht gegenüber nationalem Recht Anwendungsvorrang (nicht: Geltungsvorrang) hat.
- Nähere Erläuterungen zum Anwendungsvorrang können mit bis zu 2 Zusatzpunkten belohnt werden.

Aufgabe 2

Diskutieren Sie, ob der Gesetzgeber bei der Formulierung von Gesetzen auf eine geschlechtergerechte Sprache achten sollte.

§ 280 Abs. 1 Satz 1 BGB lautet: „Verletzt der Schuldner eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis, so kann der Gläubiger Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen.“ Überlegen Sie, wie man diese Norm geschlechtsneutral formulieren könnte.

- Geschlechtergerechte Sprache wurde in der Vorlesung als eines von mehreren Kriterien erörtert, anhand derer sich die Qualität von Gesetzen beurteilen lässt (weitere formale Kriterien sind u.a. Verständlichkeit und Systematik des Gesetzes; inhaltliche Kriterien sind materielle „Gerechtigkeit“ und ökonomische Effizienz).
- Für die Benotung entscheidend ist, dass die Studierenden eine eigene Haltung zur Bedeutung geschlechtergerechter Sprache erkennen lassen und diese mit 1-2 Argumenten begründen.
- Die Umformulierung von § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB könnte folgendermaßen lauten: „Wer eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis verletzt, ist dem anderen Teil zum Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verpflichtet.“ Entscheidend ist hier eine kreative Lösung, die nicht notwendigerweise gänzlich geschlechtsneutral ist, aber zumindest

besser als der aktuelle Text, ohne nennenswerte Abstriche bei der sprachlichen Verständlichkeit.

Aufgabe 3

Der fiktive Staat S erlässt ein neues Straßenverkehrsgesetz, in dem es u.a. heißt: „Die Nutzung von Motorrädern auf öffentlichen Straßen ist aus Lärm- und Umweltschutzgründen in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr verboten.“

Juristin J ist stolze Besitzerin eines Elektro-Motorrads, das keine Motorgeräusche verursacht. Da sie oftmals bis Mitternacht im Büro arbeitet, fragt sie sich, ob sie danach noch mit ihrem Elektro-Motorrad nach Hause fahren darf.

Begründen Sie Ihre Antwort mit den Mitteln der juristischen Methodenlehre.

- Hier ist entscheidend, dass die Bearbeiter die juristische Methodenlehre anwenden.
- Ausgangspunkt jeder Auslegung ist der Wortlaut. Dieser umfasst auch Elektro-Motorräder, da er nicht nach dem Antriebskonzept differenziert.
- Da die weiteren Auslegungskriterien (Historie, Systematik, Telos) sich über den Wortlaut nicht hinwegsetzen können, sondern nur in „Grenzfällen“ helfen, führen sie hier nicht weiter.
- Zu erwägen (und im Ergebnis wohl zu bejahen) ist eine teleologische Reduktion der fiktiven Norm.
- Werden die Erwägungen zur teleologischen Reduktion fälschlicherweise im Rahmen der teleologischen Auslegung angestellt, können hierfür gleichwohl Teilpunkte vergeben werden, insgesamt jedoch nicht mehr als 7 Punkte.

Aufgabe 4

Erläutern Sie anhand eines Beispiels den Grundsatz: „Keine Strafe ohne Gesetz“ (Art. 103 Abs. 2 GG).

- Der Grundsatz „Keine Strafe ohne Gesetz“ bildet eine wesentliche verfassungsrechtliche Grundlage des Strafrechts.
- In der Vorlesung wurden verschiedene Ausprägungen dieses Grundsatzes behandelt: „Nulla poena sine lege scripta“ (kein Gewohnheitsrecht zulasten des Täters); „nulla poena sine lege stricta“ (Verbot täterbelastender Analogie), „nulla poena sine lege certa“ (Bestimmtheitsgrundsatz), „nulla poena sine lege praevia“ (Rückwirkungsverbot).
- Es genügt, wenn Bearbeiter einen dieser Grundsätze benennen und kurz erläutern. Die lateinischen Begriffe sind dabei nicht zwingend erforderlich, können aber mit einem Zusatzpunkt honoriert werden. Ebenso kann jeweils ein Zusatzpunkt vergeben werden, wenn mehr als einer dieser Ausprägungen genannt werden.

Aufgabe 5

Beschreiben Sie den Unterschied zwischen einem Mord und einem Totschlag.

- Ein Totschlag ist die vorsätzliche Tötung eines Menschen (§ 212 StGB). Ein Mord liegt vor, wenn darüberhinaus ein Mordmerkmal verwirklicht wird (§ 211 StGB).
- Bis zu zwei Zusatzpunkte können vergeben werden, wenn Bearbeiter die Zuordnung der Mordmerkmale zum objektiven Tatbestand (Mordmerkmale der 2. Gruppe) bzw. zum subjektiven Tatbestand (Mordmerkmale der 1. und 3. Gruppe) thematisieren.

Aufgabe 6

A wacht eines Nachts auf, weil sie Geräusche in ihrem Arbeitszimmer hört. Da sie einen Einbrecher vermutet, bewaffnet sie sich mit einem Küchenmesser und geht dann ins Arbeitszimmer, um nach dem Rechten zu sehen. Dort sieht sie den Einbrecher B, der gerade ihren Schreibtisch durchwühlt. A stürzt sich auf B und rammt ihm das Messer in die Schulter. Der schwer verletzte B versucht zu fliehen, bricht aber nach wenigen Metern zusammen. A informiert daraufhin die Polizei und den Rettungsdienst. B wird notärztlich versorgt und sodann verhaftet. Er überlebt.

Hat sich A (!) strafbar gemacht?

- Tatbestand: Hier gilt es zumindest zu erkennen, dass eine Körperverletzung (§ 223 StGB) vorliegt; gute Bearbeiter erkennen, dass es sich um eine gefährliche Körperverletzung (§ 224 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 5) handelt. Ein Zusatzpunkt kann vergeben werden, wenn Bearbeiter erkennen, dass das Küchenmesser keine Waffe darstellt, sondern ein „anderes gefährliches Werkzeug“.
- Auf der Ebene der Rechtswidrigkeit müssen sich Bearbeiter mit der Notwehr (§ 32 StGB) auseinandersetzen. Gute Bearbeiter erkennen, dass Notwehr auch gegen einen Diebstahl möglich ist (auch dieser stellt einen Angriff dar, der solange gegenwärtig ist, bis die Beute erlangt wurde). Wird fälschlicherweise § 32 StGB verneint, kann es mit Teilpunkten honoriert werden, wenn wenigstens § 34 geprüft und bejaht wird; insgesamt können dann jedoch max. 8 Punkte vergeben werden.